

Erziehungstätigkeit und Schulwesen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Von Rev. F. Schulze D. D., St. Francis, Wis., U. S. A.

(Schluß.)

Der Schulstreit in New York und sein Ausgang.

Wir haben an einer früheren Stelle dieser Abhandlung, als wir das öffentliche Schulwesen besprachen, bemerkt, daß in der Kolonialperiode und auch nachher noch mehrere Jahrzehnte hindurch, nachdem durch die Freiheitskriege die alten englischen Kolonien ein selbständiges politisches Gebilde geworden, Schule und Schultätigkeit auf religiöser Grundlage ruhten, und daß die Erziehung der Jugend ein konfessionelles (denominational) Gepräge trug. Wir haben dann aber auch hinzugefügt, daß allmählich, etwa um das Jahr 1830 herum, ein Umschwung eintrat. Die Erziehung wurde von dem religiösen Bekenntnis getrennt. Man überließ die Pflege der Religion den einzelnen Kirchen, den Familien und gewissen Privatgesellschaften. Die nichtkatholischen Bekenntnisse oder sagen wir die verschiedenen protestantischen Vereinigungen (Sekten), mit wenigen Ausnahmen, fanden sich ab mit dieser Tatsache. Nicht so die katholischen Gemeinden. Sie beanspruchten, wie vordem, so auch jetzt noch, wo immer es anging, eine materielle Unterstützung ihrer nach katholischen Grundsätzen betriebenen Schulen aus den durch die öffentlichen Steuern gesammelten Geldern, zu denen sie ihren Teil beigetragen.

In der Stadt New York erhielt im Jahre 1822 die mit der St.-Peters-Kirche verbundene Schule, welche 315 Zöglinge aufwies, aus dem Schulfonds eine Summe von Dollar 619.36, die Schule der St.-Patrick-Gemeinde mit 345 Kindern bekam Dollar 679.20, die katholische Waisenanstalt mit 32 Pensionären empfing Dollar 62.72.

Der Schulfonds der Stadt New York war in den Händen der öffentlichen Schulgesellschaft (Public School Society). Das Bestreben dieser Gesellschaft ging nun dahin, die aus den öffentlichen Steuern zu erhaltenden Schulen allmählich ihres religiösen Charakters zu entkleiden und sie zu neutralen (nonsectarian) Anstalten zu machen, was auch gelang. Die Katholiken allerdings wollten und konnten ein solches Unrecht sich nicht gefallen lassen. Damit war der Kampf entbrannt, der dann mit großer Heftigkeit geführt wurde.

Den ersten Anstoß dazu gab die am 1. Jänner 1840 vom Gouverneur Seward an die Legislatur des Staates New York gerichtete Botschaft. In dieser Botschaft wurde betont, daß es Pflicht der Regierung sei, die Kinder der Eingewanderten, solange man diesen die Landung auf amerikanischem Boden gestatte, unter ihren Schutz zu nehmen und Maßregeln zu treffen, wodurch ihnen eine Schulbildung zuteil werde, die ihrer Sprache und Religion angepaßt sei. Das schien in der That den Bestrebungen und Wünschen der Katho-

liten zu entsprechen und es wäre ihnen auch Gerechtigkeit geworden, wenn nicht, wie wir gleich sehen werden, protestantisches Vorurteil diese wohlgemeinten Vorschläge des Gouverneurs durchkreuzt hätte.

Bischof Hughes, der Oberhirte der Diözese New York, weilte zur Zeit, als diese Botschaft erlassen ward, in Europa. Aber sein Generalvikar, Father Power, der sich stets für die Bekenntnisschulen und eine auf Religion fußende Erziehung begeistert hatte, griff die Sache auf. In einer von ihm berufenen Versammlung der trustees (Laienvorsteher) der katholischen Pfarreien der Stadt wurde beschlossen, an die Aldermen (Stadtverordneten) eine Petition zu senden, in welcher die letzteren, denen der allgemeine Schulfonds anvertraut war, ersucht wurden, den Katholiken einen der Zahl der Kinder in ihren Schulen entsprechenden Betrag zu geben zur Unterstützung dieser Schulen. Einige nichtkatholische Gemeinschaften befürworteten das Gesuch. Aber die Public school Society in Verbindung mit anderen protestantischen kirchlichen Vereinigungen remonstrierte dagegen und die Petition wurde verworfen.

Unter diesen Umständen hielt man es für angezeigt, eine öffentliche Kampagne ins Werk zu setzen, die darin bestand, daß alle Bürger jeglicher Schattierung und ohne Unterschied der Religion unterrichtet werden sollten, worum es sich in der Angelegenheit handle.

Als Bischof Hughes von Europa zurückgekehrt war, begriff er sofort den Ernst der Lage und schloß sich mit ganzer Seele der Agitation an, die bereits stark betrieben wurde. Er selbst hielt persönlich Vorträge über das Streitobjekt vor dichten Volksmassen, die bei verschiedenen Gelegenheiten zusammenkamen. Dabei betonte er besonders, daß es sich nicht um ein Privilegium handle, sondern um Gerechtfame, welche die Katholiken und auch andere Religionsgesellschaften als Bürger beanspruchten. Doch das Council der Aldermen (die Stadtverordnetenbehörde) stand zu sehr unter dem Einfluß der Gegner. Eine zweite Petition, die an dasselbe gerichtet worden, scheiterte gleichfalls. Darum blieb nichts anderes übrig, als den Kampf direkt in die Legislatur zu verlegen. Ein Komitee wurde ernannt, um die dahinzielende Denkschrift (Memorial) auszuarbeiten und den in Albany (der Hauptstadt des Staates) versammelten Gesetzesmachern zu unterbreiten.

Der Staatssekretär J. C. Spencer, welchem diese Unterbreitung oblag, und auch der Gouverneur Seward waren zugunsten der von den Katholiken gestellten Forderungen. Aber auch die Gegner waren nicht müßig. Wie vordem bei der Kontroverse im Stadtrat das religiöse Vorurteil aufgestachelt wurde, um die Sache zu Fall zu bringen, so mußte auch jetzt wieder dieses Vorurteil herhalten, damit die Legislatur von einer den Katholiken günstigen Gesetzesmaßregel abstände. Und wirklich, als die Frage brennend wurde, war der Senat (das Oberhaus der legislativen Behörde) schwach genug, die Sache aufzuschieben bis zum folgenden Jänner. Man fürchtete nämlich,

daß, wenn die Vorlage damals durchging, bei der bevorstehenden Herbstwahl das religiöse Vorurteil wiederum herangezogen werden möchte, wodurch dann jene Senatoren, die ihr Votum für die Vorlage abgegeben hätten, ihrer Siege beraubt würden. Das aber betrachtet der Durchschnittspolitiker in Amerika auch heute noch als ein gräßliches Ding. Somit war nur noch ein Modus geblieben, um der Sache der Katholiken zu helfen, der Appell an die Wähler in der bevorstehenden politischen Kampagne.

Wie auch jetzt noch zuweilen, aber doch nur ausnahmsweise, so wurde auch damals, in der Herbstwahl des Jahres 1841 die Schulangelegenheit, welche nunmehr aus einer politischen eine religiöse Frage geworden war, in den Wahlsfeldzug hereingezerzt und die antikatholischen Kreise sorgten dafür, daß die Sache als ein sogenanntes „sectarian issue“ betrachtet wurde. Das alte, auf englischem Boden zuerst entstandene, dann in die amerikanischen Kolonien verpflanzte, indes schon lange daselbst verstummte Geschrei „No popery“ wurde aufs neue laut. Die Katholiken, und besonders Bischof Hughes, sahen sich den größten Insulten ausgesetzt. Unter solchen Umständen blieb natürlich nichts anderes übrig, als daß die letzteren auch ihrerseits eine Plattform und Kandidaten aufstellten, die ihrer Sache günstig waren. Wie man indes voraussehen konnte, die neue Legislatur, anstatt Recht und Gerechtigkeit walten zu lassen, beugte sich vor der durch religiöse Bigotterie versuchten Volksstimmung. Der von den Katholiken gemachte Antrag auf den ihnen gebührenden Anteil des öffentlichen Schulfonds wurde verworfen. Nur das eine hatte man erreicht, die sogenannte „Public School Society“, welche in der Stadt New York bis dahin das Heft in den Händen gehabt, wurde aufgelöst und das ganze Schulwesen im Staate wurde unter die Autorität der legislativen Behörden gestellt.

Der Kampf war zu Ende. Bischof Kenrick drückte sich darüber folgendermaßen aus: „Bishop Hughes had been worsted in his light for justice in behalf of Catholic schools and his defeat had a discouraging influence upon similar movements that were going on in other parts of the country.“

Bereinzelt wurden noch einmal vor einigen Jahrzehnten Anstrengungen dieser Art gemacht, aber sie drangen nicht durch, wenigstens nicht soweit es sich um das Prinzip handelt. Dahin gehören der sogenannte Poughkeepsie- und der Faribault-Plan. Beide sind heute abgetan und wir brauchen uns heute nicht weiter darüber zu äußern. Es waren und blieben vorübergehende Erscheinungen, die wir deshalb auch nicht weiter besprechen wollen. Der Durchschnittsamerikaner hält noch immer an dem Grundsatz fest, daß religiöse Erziehungsanstalten von den religiösen Gesellschaften selbst unterstützt werden müssen. Freiheit des Unterrichtes gewährt man, aber eine finanzielle Hilfe verweigert man den nicht öffentlichen Schulen ungeachtet des Umstandes, daß die Privatschulen, speziell die katholischen.

Pfarrschulen, den öffentlichen Schulen an Leistungsfähigkeit gleich sind, ja dieselben nur zu oft übertreffen, und auch ungeachtet des anderen Umstandes, daß jene, welche ihre eigenen Schulen unterstützen, nichtsdestoweniger auch ihren Beitrag zu dem öffentlichen Schulfonds geben, also eine doppelte Steuer zahlen. Nun in einzelnen Distrikten, wo ausschließlich Katholiken wohnen und wo diese eine geschlossene Munizipalität bilden, können sie durchsetzen, daß aus dem öffentlichen Schulfonds ihre Schulen unterhalten werden. Indes das sind Ausnahmen rein lokaler Natur, die nur so lange dauern, als der Platz eine rein katholische Bevölkerung aufweist, was höchstens in Landdistrikten und kleinen Ortschaften der Fall ist, aber selten oder gar nicht in großen Städten mit gemischter Einwohnerschaft.

Doch, obgleich die Katholiken im Staate New York unter Führung ihres streitbaren Oberhirten, des Bischofs Hughes, eine Niederlage erlitten hatten, blieb die Sache doch nicht ohne gute Wirkung. Das Interesse für die Pfarrschule war aufs neue erwacht und mit doppeltem Eifer bestrebten sich jetzt die Angehörigen der katholischen Kirche, ihre Schulen nicht bloß zu unterstützen, sondern dieselben auch auf eine Höhe zu bringen, die den Andersgläubigen Respekt einflößte.

Bischof Hughes ging auch hierbei als Muster voran. Sein Grundsatz war:

„Let parochial schools be established and maintained everywhere. The days have come and the places have grown up in which the school is more necessary than the church.“

In den auf die große Kontroverse folgenden Jahren bis zum Tode des Bischofs wurden etwa 40 neue Pfarrschulen innerhalb der Diözese New York gegründet. Dazu kamen auch Anstalten für höhere Erziehung, obgleich die Diözese noch eine große Schuldenlast anderweitig zu tragen hatte. Dieses Beispiel wirkte anregend zugleich für andere Landesteile. Der Boden für die Pfarrschule war jetzt geebnet. Dieselbe hatte ein Heimatsrecht, um uns so auszudrücken, erworben. Sie war und blieb fest verankert in dem Glauben und der Ueberzeugungstreue der katholischen Bevölkerung. Das zeigte sich besonders, als nicht lange nachher eine gewaltige Einwanderung aus Europa ankam.

Katholische Schulen und Erziehungsanstalten während und nach der großen Einwanderungsperiode bis zur Gegenwart.

Waren auch schon bald, nachdem die Vereinigten Staaten ihre politische Selbständigkeit erworben und damit eine mehr freiheitliche Stimmung in Ausübung der Religion platzgegriffen hatte, von Europa viele Fremde an den Gestaden der westlichen Hemisphäre gelandet, so nahm doch der Fremdenzuzug erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts solche Dimensionen an, daß man von einer

eigentlichen Einwanderungsperiode (Immigration period) reden konnte. Von 1840 bis zum Bürgerkriege 1860, und dann nach Beendigung desselben bis etwa zum Jahre 1890 kamen die Fremden geradezu in Strömen nach der Union. Die ersten Einwanderer, die in Massen anlangten, waren die Söhne Irlands. Als im Jahre 1846 die große Hungersnot in Irland ausbrach, griffen Tausende, ja Millionen, zum Wanderstabe mit der Absicht, jenseits des Ozeans in der Neuen Welt sich eine andere und bessere Heimat zu gründen. Die meisten dieser Leute waren Katholiken.

Neben den Irländern oder doch bald nachher kamen die Deutschen herüber. Ihnen schlossen sich alsdann die slawischen Stämme, namentlich die Polen an, und zuletzt stellte sich auch ein starkes Kontingent Italiener ein.

Nicht alle Deutschen waren Mitglieder der katholischen Kirche. Es gab unter ihnen sogar Elemente, die sich um Religion wenig kümmerten, ihr vielmehr feindlich gegenübertraten. Besonders die sogenannten Achtundvierziger haben seinerzeit sich in Amerika berüchtigt gemacht. Indes ein großer Prozentsatz unter den Deutschen gehörte dem katholischen Glaubensbekenntnis an und sie gerierten sich auch zugleich als praktische Katholiken, die sich ihrer Religion keineswegs schämten. Besonders jene, die aus den katholischen Landesteilen Deutschlands, aus Westfalen, der Rheinprovinz, Bayern, sowie aus Oesterreich und der deutschen Schweiz kamen, haben nicht wenig dazu beigetragen, die katholische Bevölkerung Amerikas auf eine Zahl zu bringen, die den Andersgläubigen Respekt abnötigte.

War vordem die katholische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten auf den Osten und Süden beschränkt gewesen, so verschoben sich jetzt die Verhältnisse, indem der Strom der neuen Ankömmlinge sich mehr dem Westen jenseits der Alleghenies zuwandte. Illinois, Wisconsin, Minnesota, Iowa und überhaupt das ganze Mississippi-tal füllten sich mit katholischen Niederlassungen. Daß neben der Kirche auch Schulen gegründet wurden, war nach den in den ersten Jahrzehnten vorausgegangenen Kämpfen und Bestrebungen um katholische Erziehung selbstverständlich. Es wurde von Seite der Hierarchie und der Seelsorgsgeistlichen, welche damals sich der Eingewanderten annahmen, den letzteren nahegelegt, daß sie für die Schule nicht weniger Opfer zu bringen hätten, als zur Errichtung von Gotteshäusern erforderlich waren. Und sie nahmen diese Mahnung ohne Widerstreben an. Der von Bischof Hughes ausgesprochene Satz: „The school before the church“ lautete jetzt in einer mehr praktischen Form: „The school alongside the church“.

In den zwanzig Jahren von 1840 bis 1860 wurden eine ganze Reihe neuer Diözesen gegründet, wohl zweimal mehr als in der vorhergehenden Periode. Die Oberhirten aber, welche denselben vorstanden, waren meistens Männer, die als einfache Missionäre Pionierarbeit vollbracht hatten und aus eigener Erfahrung wußten, welch

eine Bedeutung die Pfarrschule für die Sicherung und Entwicklung der katholischen Kirche auf amerikanischem Boden hatte. Selbst die in den fünfziger Jahren ausgebrochene antikatholische Bewegung bei einem Teile der protestantischen Bevölkerung, bekannt unter dem Namen „Knownothingism“, konnte die katholische Erziehungstätigkeit und das katholische Schulwesen, wie es jetzt sich ausgebildet hatte, nicht mehr unterdrücken oder aufheben.

Eine andere Schwierigkeit aber stellte sich anfangs ein. Es fehlte an Lehrkräften. Katholische Schulen, wollte man dieselben auf eine Höhe bringen, die ihrem Zwecke entsprach, mußten geleitet werden von Personen, die ihrer Aufgabe gewachsen waren. Das Gros der Einwanderer setzte sich zusammen aus Leuten mittleren oder niederen Standes. Unter ihnen konnte man deshalb, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, keine Männer, bezw. Frauen finden, welche die Lehr- und Erziehungstätigkeit, wie sie eine gute Schule erheischt, zu übernehmen vermochten. Man war somit genötigt, sich nach auswärtiger Hilfe umzusehen. Schon Bischof Hughes hatte sich bemüht, Ordensgenossenschaften anzuwerben, um dem schreienden Bedürfnis nach Lehrkräften abzuhelpen. Er hatte auch Erfolg hiebei. Aus Frankreich kamen die christlichen Brüder herüber, aus Irland und Frankreich zugleich verschiedene Kommunitäten von Schwestern. Das Beispiel zog. Mit den einwandernden Volksmassen reiste nunmehr auch eine lange Reihe von Ordensleuten beider Geschlechter über den Ozean, um die von ihnen in der alten Heimat längst gepflegte Lehrtätigkeit auf den Boden der Neuen Welt zu verpflanzen. Viele von diesen anfangs schwachen klösterlichen Beständen haben im Laufe der Jahrzehnte es zu einer großartigen Blüte und Entfaltung gebracht und sich um unsere Pfarrschulen, wie sie heute in den Vereinigten Staaten vorgefunden werden, unsterbliche Verdienste erworben.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle die religiösen Genossenschaften aufzählen, die sich der Erziehung in den Pfarrschulen vordem gewidmet haben und heute noch widmen. Es genügt zu konstatieren, daß das letzte Catholic Directory etwa 15 Genossenschaften von Brüdern erwähnt, die sich mit Unterricht befassen, und etwa 186 verschiedene weibliche Orden, von denen die meisten in Schulen und Erziehungsanstalten tätig sind und vielfach sogar dieser Arbeit ausschließlich obliegen.

Die unter den letzteren besonders hervorragenden, welche in der Einwanderungsperiode, von 1850 bis 1880 hier gelandet sind, mögen kurz besprochen werden.

Im Jahre 1836 kamen sechs Josefsschwestern an in Carondelet, einem Vorort von St. Louis, Msgr. Bischof Rosati hatte sie auf einer seiner Europareisen in Frankreich angeworben. Die Genossenschaft mußte anfangs große Schwierigkeiten durchmachen, besonders auch weil die ersten Ankömmlinge der englischen Sprache nicht mächtig

genug waren. Aber die Schwierigkeiten entschwanden schon bald nachher, als verschiedene Kandidatinnen aus der einheimischen Bevölkerung sich der Kommunität anschlossen. Von Carondelet aus, wo noch heute sich die Zentrale befindet, wurden Zweighäuser im ganzen Lande gegründet. Zur Zeit umfaßt der Orden vier Provinzen mit den entsprechenden Mutterhäusern zu St. Louis, St. Paul im Norden, Troy, N. Y. im Osten, Los Angeles im fernen Westen. Die Anzahl der Schwestern betrug im Jahre 1910 gegen 1750. Diese lehren in etwa 126 Schulen mit ungefähr 100.000 Zöglingen.

Eine andere Genossenschaft, die ebenfalls aus Frankreich stammte, waren die Schwestern von der Borsehung (Sisters of Providence). Ihre erste Niederlassung befand sich in Vincennes im Staate Indiana. Ein armseliges Häuslein, mitten im Walde, bildete ihr ursprüngliches Heim. Nach Ueberwindung unsäglich, äußerer und innerer Drangsale gelang es ihnen, in genannter Gegend Fuß zu fassen, und heute erhebt sich dort eine im ganzen Lande weithin bekannte großartige Erziehungsanstalt für Mädchen unter dem Namen „St. Mary's of the Woods“. Dabei wurde aber auch die Elementarschule nicht hintangesetzt. Zur Zeit hat die Genossenschaft wohl über tausend Mitglieder, die in 15 Akademien und 68 Pfarrschulen tätig sind. Die Anzahl der Zöglinge beträgt etwa 18.000.

Eine dritte Kommunität, die gewaltig aktiv gewesen und Großartiges geleistet hat auf dem Gebiete der Erziehung, speziell in den Pfarrschulen, sind die unter dem Namen „Notre Dame Sisters“ bekannten Schwestern von „Unserer Lieben Frau“. Sie kamen ursprünglich aus Deutschland, aus München, der Hauptstadt Bayerns, wo noch heute das alte Mutterhaus sich befindet.

Die Gründung und Verbreitung dieser Genossenschaft hierzulande war das Werk der heroischen, hochgebildeten Schwester und Mutter Karolina Fries. Als junge Nonne von nur 23 Jahren landete sie mit sechs anderen Schwestern in New York am 31. Juli 1847. Nach einem vorübergehenden Aufenthalt in den östlichen Staaten, speziell in den Städten Baltimore und Pittsburg, folgten diese ersten Ankömmlinge, die damals nur ein kleines Reis bildeten, das dem Mutterhause in München entnommen und auf amerikanischen Boden verpflanzt war, dem an sie ergangenen Rufe von Seite des Bischofs Henni in Milwaukee. Die Diözese Milwaukee umfaßte zu jener Zeit den ganzen Staat Wisconsin. In bürgerlicher oder politischer sowohl, als kirchlicher Hinsicht befand sich dieser im Nordwesten gelegene Landesteil noch in einem recht primitiven Zustande. Aber die Zukunft schien hoffnungsvoll. Scharen von Einwanderern, besonders aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz ließen sich in jener Gegend nieder, und unter ihnen nicht wenige Katholiken. Bischof Henni, als Oberhirte, war sehr besorgt um diese Einwanderer. Weil er aus Erfahrung wußte, daß die Pfarrschule das Fundament bildete für die Entwicklung des katholischen Lebens, bat er die Münchner Schwestern,

von denen er bereits gehört hatte, in seine Diözese zu kommen. Die Einladung wurde angenommen. Die Schwestern, besonders Schwester Karolina, die als Oberin an die Spitze der kleinen Schar gestellt worden, wurden nicht enttäuscht. Gerade Milwaukee wurde die Zentrale, von wo aus gleich einem breitaftigen Baume die Genossenschaft sich in staunenswerter Art entwickelt hat. Heute ist die Anzahl der Mitglieder nahezu fünftausend, die auf vier Provinzen verteilt sind, mit den entsprechenden Mutterhäusern in Milwaukee, St. Louis, Baltimore und Mankato. Die Anzahl der Schulkinder, welche ihrer Obforge anvertraut sind, beträgt ungefähr 140.000, in etwa 42 Diözesen, im Osten und Westen, Norden und Süden der Vereinigten Staaten.

Einen ähnlichen Fortschritt weist eine andere Genossenschaft auf, die ebenfalls aus deutschen Landen stammt, sich aber in Amerika ein Feld erobert hat, das die ursprüngliche Stiftung wohl noch übertragt, wir meinen die Schwestern der christlichen Liebe. Die Gründerin, Pauline von Mallinckrodt, hat selbst in eigener Person das Fundament gelegt für die amerikanische Niederlassung. Sie hat mehr als einmal Amerika besucht, zuerst im Jahre 1875 und im Jahre 1880. Klein waren die Anfänge, aber großartig die weitere Ausbreitung. Die Kommunität hat zur Zeit in den Vereinigten Staaten allein gegen 900 Mitglieder, die in ungefähr 50 Schulen tätig sind.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle die religiösen Orden im einzelnen hier aufzählen, die mit Erziehung sich befassen. Summarisch geben wir bloß folgende Daten an:

Die Agnestschwestern (Sisters of St. Agnes), deren Mutterhaus sich in Fond du Lac, Wisconsin, befindet, weisen eine Kommunität von gegen 650 Mitgliedern auf, die in 54 Pfarrschulen wirken.

Die Benediktinerschwestern, welche Häuser haben im Osten des Landes, in den Mittelstaaten und im äußersten Westen, kamen nach Amerika um das Jahr 1832. Heute besitzen sie 16 Zentralen und unterrichten etwa 35.000 Kinder.

Die Dominikanerschwestern haben 17 Mutterhäuser, lehren in ungefähr 308 Schulen. Die Anzahl der Zöglinge in diesen Schulen beträgt gegen 39.000.

Die Franziskanerschwestern (Sisters of St. Francis) mit verschiedenen Beinamen verteilen sich auf etwa 25 separate Genossenschaften und ebenso viele Mutterhäuser. Sie haben wohl 738 Pfarrschulen unter sich, in denen gegen 148.000 Zöglinge sich befinden.

Noch manche andere Kommunitäten von Nonnen, die alle mehr oder weniger mit Erziehung sich beschäftigen, aufzuzählen, wird kaum notwendig sein. Auch die männlichen Orden, Brüder, welche der Erziehungsarbeit obliegen, im einzelnen anzugeben, scheint überflüssig, zumal deren Anzahl im Verhältnis zu den weiblichen Kommunitäten bedeutend geringer ist.

Wahrlich, die Väter des zweiten Plenarkonzils von Baltimore haben recht, wenn sie (n. 415) bemerken:

„Sanctimonialium, sive feminarum religiosarum, hujus regionis praeclara in Christianam Rempublicam merita spectantes, non possumus, quin agamus Omnipotenti Deo gratias; qui harum tam utilium Congregationum tantum numerum, tantamque varietatem in Ecclesiae subsidium excitaverit. Hisce quippe Congregationibus acceptum referimus, quod tot puellarum innocentiae servandae habeamus parata tutaque domicilia; his debet America nostra institutionem numerosae juventutis tum in literis, tum in Christianis moribus, atque adeo diffundendae Catholicae fidei efficax adjumentum.“

Wenn heute die katholischen Pfarischulen in den Vereinigten Staaten eine Stellung einnehmen, die selbst den Gegnern Achtung auf der einen, und Reid und Aerger auf der anderen Seite einflößt, wenn diese Schulen imstande sind, den Wettkampf mit den öffentlichen oder Staatsschulen aufzunehmen und sie selbst zu übertreffen vermögen, so ist das ohne Zweifel vor allem dem Eifer und der rastlosen Tätigkeit unserer Ordensgenossenschaften zu verdanken. Dieselben haben große Opfer gebracht und bringen sie noch beständig.

Mit der stetig zunehmenden katholischen Bevölkerung wächst natürlich auch die Zahl der Schulen. Noch unlängst berichteten die Zeitungen, daß in der Erzdiözese Baltimore, wo der älteste und erste Bischofssitz Amerikas sich befindet, während der letzten drei Jahre über vier Millionen Dollar aufgebracht wurden für den Bau neuer Schulen, und daß der Erzbischof Curley gesagt habe, er werde nicht zufrieden sein, bis in jeder Gemeinde der Erzdiözese eine katholische Schule bestehe, namentlich auf dem Lande, wo Unwissenheit und Bigotterie nur zu sehr gediehen. Auch aus anderen Diözesen wird ein Zuwachs von katholischen Schulen berichtet.

Leider können die Ordensgenossenschaften, denen meistens die Schulen anvertraut sind, nicht immer gleichen Schritt halten mit diesem Zuwachs. Fast alle Kommunitäten klagen, daß sie bei dem weltlichen Sinn, der heute die Familien durchdringt und entchristlicht, nicht genug Kandidaten erhalten. Es dürfte vielleicht noch ein Problem werden für Hierarchie und Klerus, und zwar in naher und absehbarer Zukunft, woher man die Lehrkräfte für die neuen Pfarischulen nehmen soll. Höhere und speziell für den Zweck geschaffene Anstalten zur Ausbildung von Laien, Männern und Frauen, im Lehrfach auf katholischer Grundlage gibt es bei uns soweit äußerst wenige.

Das letzte Catholic Directory gibt folgende Zahlen an:

Katholische Pfarreien mit Schulen 6532, Anzahl der Kinder in denselben 2,038.624, Waisenhäuser mit Schulen 313, Zöglinge in denselben 48.726.

Das ist nun, so hoffnungsvoll es auch klingt, doch ein Bild, das Schatten aufweist. Wenn nach demselben Directory die Gesamt-

bevölkerungszahl der Katholiken in den Vereinigten Staaten 18,654.028 beträgt, dann sollte die Anzahl der katholischen Schulen eigentlich doppelt so groß sein als sie tatsächlich ist, und ebenso die Anzahl der sie besuchenden Kinder. Noch wächst wohl über eine Million katholischer oder doch von katholischen Eltern stammender Kinder hier unter uns auf, welche einer gründlichen religiösen Erziehung, wie sie allein die Pfarrschule bietet, entbehren. Wir haben noch viel zu wenige dieser Schulen, besonders auf dem Lande und in kleinen Ortschaften. Gerade in den ländlichen Distrikten ist die Errichtung von separaten katholischen Schulen oft recht schwer, besonders wo die Katholiken sehr zerstreut unter Andersgläubigen wohnen. Zuweilen liegt die Schuld auch beim Pfarrer oder Seelsorger. Gewisse Herren, doch ist deren Zahl verhältnismäßig gering, scheuen die großen Kosten und die außerordentliche Arbeit, welche eine Pfarrschule verlangt. Auch stoßen sie hie und da auf Widerspruch von Seite der Laien. Manche Eltern haben eine falsche Vorliebe für die öffentlichen Schulen, weil sie einerseits ihnen weniger Unkosten machen, und dann auch weil sie dadurch in den Augen der Nichtkatholiken zu gewinnen glauben, indem ihre Kinder dadurch bessere Gelegenheit erhalten zum Aufstieg in weltlicher Gesellschaft, im Geschäft u. s. w. Daß dabei leider Religion und Glaube verloren gehen, kommt diesen kurzichtigen Eltern nicht in den Sinn.

Auch unsere Pfarrschulen, trotz des oben gezeichneten rosigen Bildes, weisen immer noch manche Fehler und Mängel auf. Ein Uebelstand ist der Mangel an großzügiger Organisation. Die einzelnen Schulen sind zu viel sich selbst überlassen. Allerdings, das kann nicht geleugnet werden, in den letzten Jahrzehnten ist man beflissen gewesen, in mehr als einer Diözese, die Pfarrschulen in ein mehr kompaktes System und unter gemeinsame Kontrolle zu bringen. Verschiedentlich sind von den Bischöfen Schulbehörden geschaffen und Schulinspektoren angestellt worden, deren Aufgabe es ist, die einzelnen Schulen zu überwachen, einen einheitlichen Plan für den Unterricht zu entwerfen, Vorschriften zu erlassen in bezug auf Bücher und Lehrkurse u. s. w. Verschiedene religiöse Genossenschaften ferner pflegen Visitatoren auszuwählen, die vom Mutterhause ausgesandt werden und im Namen der Oberin die Schulen besuchen, welche ihrer Obhut anvertraut sind, um zu sehen, wie die Schulen gehandhabt werden und ob alle, Lehrpersonal und Zöglinge, ihre Pflicht tun. Das alles bedeutet Fortschritt, wenn auch nur in langsamer Weise.

Ein wunder Punkt haftet allerdings unseren Schulen immer noch an (nicht bloß den katholischen Pfarrschulen, sondern auch den Freischulen, den Public Schools). Die überwiegende Anzahl der Lehrkräfte besteht aus weiblichen Personen. Das männliche Geschlecht in Amerika betrachtet das Unterrichten in den Elementarschulen als eine Arbeit, die zu niedrig, zu lästig und auch zu wenig lukrativ ist. Man überläßt die Sache der Frauenvwelt. Knaben aber, beständig

und fast einzig von Weibern erzogen, werden nur zu oft verzärtelt. Es fehlt dann an Charakterbildung und ein gewisser Feminismus schleicht sich unvermerkt ein. Schon oft wurde bei Versammlungen, die mit Erziehungsfragen sich befassen, und auch gelegentlich anderer Konventionen, auf diesen Uebelstand hingewiesen. Aber entscheidende Schritte, um ihm abzuheffen, sind bis heute kaum gemacht worden.

Bei den katholischen Pfarrschulen, welche von Seite des Staates absolut keine finanzielle Unterstützung bekommen, spielt natürlich auch die Geldfrage eine Rolle. Woher die hohen Gehälter nehmen, die ein weltlicher männlicher Lehrer beansprucht? Eine Ordensschwester unterrichtet das ganze Jahr hindurch mit einem Salär von etwa 250 bis 300 Dollar, ein männlicher Lehrer müßte aber wenigstens 800 bis 1000 Dollar bekommen, wenn er sich und die Seinigen unterhalten soll. Verschiedentlich haben allerdings männliche Ordenspersonen, Schulbrüder, die Knaben, nachdem sie das zehnte Jahr überschritten, unter ihrer Zucht. Doch die Zahl dieser männlichen Religiösen ist zu gering, um überall, besonders in kleinen Ortschaften und auf dem Lande, dem erwähnten Mangel abzuheffen. Darum bleibt uns vorläufig nur die Wahl, entweder die Knaben vor der Zeit aus der Schule fortzunehmen, sie in eine öffentliche (public) Schule zu schicken, oder sie einer Ordensschwester anzuvertrauen. Das letztere aber ist gewiß das geringere Uebel. Auch muß man eines den Schwestern nachsagen. Sie haben durchgängig in allen ihren Schulen eine ausgezeichnete Disziplin, selbst bei den Knaben in den höheren Graden. Diese zeigen, wie es scheint, der Schwester gegenüber, wenn sie nur einigermaßen stramm auftritt, mehr Respekt als gegenüber einem weltlichen Lehrer.

Wer die katholische Erziehungstätigkeit in den Vereinigten Staaten zu beobachten Gelegenheit gehabt hat, kann unmöglich leugnen, daß ein großer Fortschritt innerhalb der letzten drei Jahrzehnte zu verzeichnen ist. Nicht wenig hat dazu beigetragen die sogenannte Catholic Educational Association. Dieselbe wurde ins Leben gerufen vor etwa 20 Jahren (1904). Sie ist eine freie Vereinigung aller jener, seien es Priester, Religiösen, Laien, Männer sowohl als Frauen, die an der katholischen Erziehungstätigkeit ein Interesse haben. Einmal jährlich, bald in dieser, bald in jener größeren Stadt des Landes findet eine Tagung der Mitglieder statt. In geschlossenen Sektionen sowohl als in öffentlichen Versammlungen werden Vorträge gehalten, und zwar von kompetenten Personen, Priestern, Lehrbrüdern, Schulschwestern, die wohlvorbereitet sind und in welchen die verschiedensten Punkte und Themata, welche auf Erziehung Bezug haben, besprochen werden. An die Vorträge reihen sich dann offene Debatten, in welchen jeder der Anwesenden seine freie Meinung aussprechen darf, ob es sich nun um Lob oder um Tadel handelt. Diese Vereinigungen haben keine legislative Autorität, sie wollen bloß anregend wirken und Fingerzeige geben, wie die

katholische Erziehungstätigkeit gehandhabt werden soll. Die bisher erschienenen jährlichen Berichte (Reports), 21 an der Zahl, zeigen, was auf diesen Versammlungen geleistet worden ist.

Auch die Normalkurse, welche in der Ferienzeit bei den verschiedenen religiösen Genossenschaften in Uebung sind, tragen nicht wenig dazu bei, unsere katholischen Schulen zu heben und auf ein Niveau zu bringen, das der Zeit und den Umständen angepaßt ist.

Darum, solange als das Interesse an der Erziehungstätigkeit bei den Katholiken wachgehalten wird, brauchen wir für unsere katholischen Pfarrschulen nichts zu fürchten. Freilich, an Kämpfen wird es auch in der Zukunft nicht fehlen, ebenso wenig als wie sie uns in der Vergangenheit erspart worden sind. Diese Kämpfe haben sogar ihr Gutes. Sie bewahren uns vor Verumpfung. Bisher haben wir neben der Religionsfreiheit auch die Unterrichtsfreiheit hier in den Vereinigten Staaten genossen. Versuche, die letztere zu beschränken oder gar abzuschaffen, sind öfters gemacht worden. Zum Glück sind derartige Anschläge bis jetzt noch immer siegreich abgewiesen worden. Das bedeutet freilich keine absolute Garantie für die Zukunft. Die Katholiken Amerikas sollten sich dessen wohl bewußt bleiben und stets ein wachsamcs Auge haben auf das, was in den legislativen Sitzungen, sowohl in den einzelnen Staaten als im Kongreß zu Washington, vor sich geht. Die Kinder der Welt, sagt die Heilige Schrift, sind in ihrer Art klüger wie die Kinder des Lichtes. Das Großkapital hat seine bezahlten Advokaten, die in den Vorhallen (Lobbies) der gesetzgebenden Körperschaften beständig sich aufhalten, um die Mitglieder dieser Körperschaften zu bearbeiten, damit sie ihnen günstige Vorlagen durchdrücken. Es würde in der That gut sein, wenn auch von unserer Seite (unter den Auspizien der kirchlichen Behörden) beständige Vigilanzkomitees geschaffen würden, denen es obläge, unsere Angelegenheiten, speziell in bezug auf Schule und Erziehung, zu vertreten und dahin drohende Gefahren abzuwenden. Täuschen wir uns nicht. Die unglaubliche Welt, in der wir leben, beeinflußt die politischen Macher und Machthaber nur zu sehr. Darum heißt es auf der Wache stehen und die von den Feinden des Christentums ausgeheckten Pläne aufdecken beizeiten, ehe dieselben in der Form von Gesetzen eine bestimmte Gestalt annehmen. Es wäre ja traurig, wenn die von den Katholiken im Laufe der vergangenen Jahrzehnte für die Schule gebrachten Opfer verloren gingen. Wir brauchen uns in der That vor unseren Gegnern nicht zu fürchten, aber wir müssen auch kämpfen, um das Palladium der kirchlichen oder Pfarrschule zu wahren. Erzbischof Cursley von Baltimore hat diesen Gedanken unlängst recht deutlich ausgesprochen. Am 26. Oktober vorigen Jahres bei Gelegenheit der Einweihung des neuen Schulgebäudes der St.-Martins-Gemeinde zu Washington hielt er eine Rede, in welcher er hinwies auf die nicht lange zurück laut gewordene Forderung des obersten Rates der Freimaurer des

schottischen Ritus südlicher Jurisdiktion, gemäß welcher Gesetze erlassen werden sollten, die einen zwangsweisen Besuch der Staatsschulen vorschreiben für alle Kinder bis zu einem gewissen Jahre. Der hochwürdigste Prälat sagte wörtlich folgendes:

„Wir haben Organisationen, welche sich laut mit ihrer Religion brüsten, welche, wenn sie es könnten, das eigentliche Leben von Millionen amerikanischer Bürger, ihnen in jeder Beziehung überlegen, im Lichte des brennenden Kreuzes zerstören würden. Wir haben Anhäufungen von Menschen, welche, in das Gewand der Religion und des Patriotismus gehüllt, in ihrem unchristlichen Haß eifrig besorgt sind, die von Gott gegebenen Rechte der Eltern und Kinder zu zerstören und aus dem erhabensten Freibrief der Freiheit, der amerikanischen Verfassung, ein Mittel zur Verfolgung machen. Dies ist nicht Religion, es ist kein Amerikanertum. Der Geist, den solche Gruppen zeigen, ist wesentlich bössartig, ungerecht und zerstörend. Die katholische Kirche ist eifrig bemüht, ihre Kinder die Lehre des Gottmenschen zu lehren. Sie betrachtet es als ihre Pflicht, die Kleinen frühzeitig auf die Bahn religiöser und bürgerlicher Pflicht zu leiten. Dies ist nicht nur unsere Pflicht, sondern auch unser Recht, das uns durch die Verfassung gewährleistet ist. Dieses Recht würden uns die Bigotten rauben, wenn sie es könnten. Sie haben öffentlich ihre dahin gehende Absicht proklamiert. Sie geben nichts um die Verfassung. Wenn diese ihren aus dem Haß geborenen Plänen im Wege steht, dann versuchen sie dieselbe abzuändern, so daß sie in ein Mittel zu moralischer Tortur für die 20 Millionen Katholiken im Lande verdreht werden kann.“

Unsere Aufgabe ist zu Ende. Wir haben versucht, in den obigen Zeilen den Lesern der Quartalschrift ein Bild zu geben von der Erziehungstätigkeit, wie sie im Laufe der Zeit auf amerikanischem Boden sich entfaltet hat. Dabei haben wir uns beschränkt auf die Volks- oder Elementarschulen. Um das Bild vollkommen zu machen, müßten wir jetzt auch noch eine Uebersicht liefern über die Mittelschulen (High schools, Colleges, Academies) und ebenso über die Universitäten, Seminarien, technischen Schulen u. s. w. Aber das erfordert eine besondere Abhandlung. Vielleicht wird sich später einmal eine Gelegenheit dazu bieten.

Nachtrag.

Noch immer wird der Versuch gemacht, den Kongreß zu beeinflussen, daß er ein Gesetz erlasse, wodurch die Regulierung der öffentlichen oder staatlichen Schulen (und dann späterhin auch wohl der Privatschulen) in die Hände der Bundesregierung gelegt werde. Zur Zeit macht die sogenannte Curtis-Reed-Will viel von sich reden, die speziell darauf hinzielt, das Schulwesen mehr und mehr zu zentralisieren. Die Will (Vorlage) lautet im Auszug folgendermaßen:

1. Es soll Vorseeung getroffen werden für eine Erziehungsabteilung (Educational Department) in der Landeshauptstadt Washington mit einem Unterrichtsminister an der Spitze, der Sitz und Stimme im Kabinet des Präsidenten hat und dessen Jahresgehalt 15.000 Dollar beträgt. Ein Hilfsminister und andere Beamten und Spezialisten im Erziehungswesen sollen ebenfalls eingesetzt werden.

2. Eine Regierungskonferenz (Federal Conference of Education) soll geschaffen werden, um das ganze Erziehungswerk der Regierung auf eine einheitliche Basis zu bringen und zu vervollkommen (to coordinate and improve the educational work of the government).

3. Eine Summe von anderthalb Millionen Dollar (1,500.000 Dollar) soll jährlich ausgeworfen werden für die Unkosten, welche die Erziehungsabteilung mit sich bringt.

4. Der Unterrichtsminister soll befugt sein, alle, die an Erziehung ein Interesse nehmen, zu einer nationalen Konferenz von Zeit zu Zeit einzuladen.

Wie hinfällig der Grund oder Vorwand ist, den man zur Rechtfertigung einer Maßregel, wie die Curtis-Reed-Bill sie vorsieht, angibt, erhellt aus der unlängst von John F. Tigert, Commissioner of Education, veröffentlichten Statistik.

Dieser gemäß belief sich die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten im Jahre 1900 auf 75,602,515 Personen. Die Anzahl der die Schulen besuchenden Kinder oder jungen Leute belief sich damals auf 21,404,422.

Im Jahre 1924, nachdem eine neue Generation entstanden und auch durch Einwanderung mehr Zuwachs gekommen, umfaßte die Gesamtbevölkerung etwa 112,078,611 Individuen. Die Zahl der Schulbesucher war gestiegen auf ungefähr 29,345,911.

Im Jahre 1900 war die Summe Geldes, welche staatlicherseits für Erziehungszwecke ausgegeben worden, 214,964,618 Dollar. Die Auslagen für öffentliche Erziehung im Jahre 1924 betrugen die Summe von 1,820,743,936 Dollar, also über eine Milliarde.

Das Durchschnittsgehalt eines Lehrers war in 1900 325 Dollar im Jahre, in 1924 war es gestiegen auf 1227 Dollar.

Die Gesamtzahl der Lehrer in den öffentlichen Schulen, die Mittelschulen (Secondary Schools) eingerechnet, im Jahre 1900 wurde angegeben als 423.062. Im Jahre 1924 war sie gewachsen auf 761.308.

Das Schulwesen, wie es bis jetzt betrieben worden, nämlich unter der Leitung und Kontrolle der Einzelstaaten, ist nach dieser Statistik keineswegs ein Fehlschlag gewesen, sondern muß geradezu als ein Erfolg hingestellt werden. Darum sagt auch der Commissioner of Education am Schlusse seiner Tabellen:

„The statistics show that educational progress compared with the growth of population is keeping abreast of the times, and that the rising generation of citizens is being generously cared for.“

Die Ursachen, weshalb die Agitation zugunsten eines Unterrichtsministers bei der Bundesregierung in Washington und anderer Maßregeln, welche auf dasselbe Ziel, Zentralisation der Erziehungstätigkeit, hinsteuern, immer wieder auftritt, sind verschiedene und nicht gerade die allerbesten.

Zunächst möchte man, wie das auch in sonstigen politischen Angelegenheiten zu geschehen pflegt, eine Anzahl recht fetter finanzieller Posten schaffen, mittels welcher die Gesetzesmacher und Exekutivbeamten ihre Günstlinge versorgen können. Denn das Geld spielt bei dem Durchschnittsamerikaner und professionellen Politiker eine große Rolle.

Dann aber bietet sich dabei auch zugleich eine Gelegenheit, den Privatschulen, besonders den katholischen Pfarrschulen, eines am Zeuge zu flücken. Diese Schulen haben nur zu viele Gegner, die bald offen, bald versteckt, dieselben entweder unterdrücken, oder ihnen doch allerlei Hindernisse in den Weg legen möchten. Man fürchtet den Wettbewerb mit diesen Anstalten. Neid und Bigotterie sind die treibenden Motive, weshalb gegen dieselben vorgegangen wird. Daß auch die geheimen Gesellschaften ihre Hände dabei im Spiel haben, ist nach dem, was wir früher gelegentlich bemerkt haben, kaum zu bezweifeln.

Endlich (last but not least) hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte ein gewisser Paternalismus bei uns sehr breit gemacht und gewinnt immer mehr Boden. Weil man in den öffentlichen Schulen und bei der Erziehung der Jugend zu viel auf den Verstand und nicht genug auf den Willen der Jugend Rücksicht genommen hat, ist ein Geschlecht herangewachsen, das zu sehr an Charakterschwäche leidet. Da soll dann das Gesetz diesen Mangel ergänzen. Daß aber ein solches Vorgehen auf die Dauer zu großen Unertlichkeiten führen muß, liegt auf der Hand. Ein drastisches Beispiel dieser Art liefert die zur Zeit viel umstrittene Prohibitionsfrage. Anstatt hier vernünftig zuwege zu gehen und den Alkoholgenuß oder die alkoholischen Fabrikate gesetzlich zu regulieren oder einzuschränken, schüttet man das Kind mit dem Bade aus und sucht durch draconische Maßregeln die Tugend der Mäßigkeit einfach zu erzwingen. Aber diese übertriebene Strenge hat das Gegenteil bewirkt. Wir führen dieses bloß an, um zu zeigen, wohin der Paternalismus, der den Staat zum Lehrer und Zuchtmeister machen will, zuletzt treiben muß.

Zu den erwähnten Gründen, weshalb man das Erziehungsweisen zentralisieren möchte, kommt noch ein anderer Umstand. Viele der weisen Solons, die im nationalen Gesetzgebungskörper (Kongreß und Senat) einen Sitz haben, möchten sich gern einen Namen machen und bringen deshalb Vorlagen (bills) ein, die etwas sensationeller Natur sind, besonders wenn dabei an einen gewissen Patriotismus appelliert wird. Wenn die Zeitungen dann die Sache hochpreisen und empfehlen, läßt sich die große Menge betören und bringt solchen

Gesetzesmachern ihren Applaus entgegen. Das trifft auch bei der erwähnten Curtis-Reed-Bill zu. Wenn deshalb nicht von vernünftig denkenden Leuten eine Gegenagitatio'n ins Werk gesetzt wird, könnte die Maßregel, die soweit nur eine Vorlage ist, Gesetzeskraft erlangen. Darum heißt es die Augen offen halten.

Dr James S. Ryan, Professor an der katholischen Universität in Washington, hat unlängst in einer kurzen Flugschrift den gefährlichen und gemeinschädlichen Charakter der ganzen Vorlage dargelegt. Die hauptsächlichsten Gründe, weshalb dieselbe absolut zu verwerfen sei und mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden sollte, sind, wie der Verfasser sagt, die folgenden:

1. Die Erziehung muß nicht notwendigerweise unter eine bürokratische Kontrolle gebracht werden. Wenn der Kongreß einmal eine solche Kontrolle auszuüben anfängt, dann wird er niemals diese Kontrolle wieder aufgeben, sondern von Jahr zu Jahr dieselbe auszu dehnen suchen, bis wir ein Schulsystem erhalten wie in Frankreich und Preußen.

„If Congress ever assumes control of the local schools, it will never relinquish one iota of that control, but will go on from year to year demanding greater powers of supervision until here in America we shall arrive at a federal-subsidized and federal-controlled system of education similar to those existing in France and Prussia today.“

2. Es besteht kein Grund für die Errichtung einer Erziehungsabteilung mit einem eigenen Minister (Secretary), der Rat und Sitz hat im Kabinett des Präsidenten. Das zur Zeit bestehende Erziehungsbureau sollte einfach ausgebaut werden zu einer Anstalt, die mit Tatsachen rechnet, die sich auf Erziehung erstrecken.

„The bureau should be developed along the lines set in the Dallinger Bill. If this were done it would become a fact finding and research agency second to none in the country. Neither would it be tempted to mix in party politics or to assume an unjustifiable supervision over the schools of the country.“

3. Ein Unterrichtsminister mit Sitz und Stimme im Räte des Präsidenten ist nur dem Präsidenten gegenüber verantwortlich, gerade wie die übrigen Mitglieder des Kabinetts. Man weise nicht auf die europäischen Länder hin, welche solche Ministerposten besitzen. Unsere Regierung beruht auf einer ganz anderen Basis. Kongreß, Gerichte und Präsident haben jeder nur einen Teil, und zwar einen bestimmt abgegrenzten Teil unter ihrer Kontrolle. Das Schulwesen ist Sache der Einzelstaaten und nicht der Bundesregierung. Die Politik spielt ja leider sowieso schon viel in die Schule hinein. Was würde aber aus derselben werden, wenn erst die Bundesregierung die Schulen in die Hand nähme.

„American education has suffered more from the injection of political issues and party squabbles into its orderly existence than

from any other cause. To establish a Department of Education with a Secretary in the Cabinet would be to throw education into politics, to make it one of the leading political issues of our country. Such a course of action would be disastrous both to politics and to the school. The school would thus become a bone of contention between the two major political parties . . . The schools assuredly have enough trouble now fighting off the encroachments of local politicians without aggravating the situation by calling upon national politicians to interfere in their affairs."

Die Stimmen, welche gegen die Curtis-Reed-Bill laut werden, mehren sich. Unter anderen hat ein hervorragender Politiker, Senator Borah, scharf und in abfälliger Weise gegen die Vorlage sich ausgesprochen. In einer an den Schulsuperintendenten seines Heimatstaates Idaho gerichteten Schreiben sagte er wörtlich folgendes:

"Es tut mir leid, Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich der Bill meine Unterstützung nicht geben kann und alles in meiner Macht stehende tun werde, um sie zu Fall zu bringen. Es ist für mich einfach unverständlich, wie Leute, die etwas nachgedacht haben über diesen Punkt des Bureaukratismus in Washington, jetzt den Wunsch hegen, der Kontrolle der Bureaukraten die Entwicklung des Geistes und des Charakters der Jugend des Landes zu überantworten. Ich kann mir nicht vorstellen, was einen tödlicheren Einfluß haben könnte auf das Initiativvermögen, auf verantwortliches Bürgertum und auf die endliche Wohlfahrt des gemeinen Volkes, als hier in Washington unter der willkürlichen und autokratischen Diktatur einiger Bureaus die Erziehungsprobleme zu zentralisieren. Wenn es etwas gibt, das unserem Lande Kraft verliehen hat und die Gewähr bietet für das Glück und die Prosperität unseres Volkes in der Zukunft sowie für die Dauerhaftigkeit unserer Einrichtungen, dann ist es das gerade Gegenteil von all dem, was diese Bill zu erreichen sucht."

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so ist die Curtis-Reed-Bill für die gegenwärtige Sitzung des Kongresses ziemlich abgetan. Doch heißt es immerhin die Augen offen halten, denn unsere Politiker sind überaus schlau und verstehen es nur zu gut, unliebsame Maßregeln im letzten Augenblick, wenn niemand etwas Böses ahnt, durch die Gesetzesmaschine zu drücken und dem Volke aufzuhalsen.

Es sind in der letzten Zeit wohl noch mehr wie früher Stimmen laut geworden, die es deutlich erkennen lassen, daß man der Erziehung, welche in den öffentlichen Schulen gegeben wird, und welche von aller Religion oder religiösen Beeinflussung der Zöglinge absieht, kein Vertrauen schenkt, ja sie geradezu als verfehlt betrachtet. Man sinnt auf Mittel und Wege, um das religiöse Element auf irgend eine Weise dem Schulplan einzugliedern. Als ein Versuch dieser Art muß die vor kurzem ins Leben gerufene Bewegung angesehen werden, die von der Federation of Churches ausgeht. Diese kirchliche Vereinigung verschiedener protestantischer religiösen Gesellschaften hat

sich zum Ziele gesetzt, nicht bloß des Sonntags und in der sogenannten Sonntagschule die religiöse Unterweisung der Jugend zu betreiben, sondern auch an Wochentagen außerhalb der Schullstunden eine religiöse Belehrung zu geben. In dem Federal Council Bulletin, das als Organ dient für diese Federation of Churches, war vor kurzem zu lesen:

„The practical exclusion of religion from public schools of this country is fraught with danger. This situation will imperil in time the future of religion among our people, and, with religion, the future of the nation itself. Our children cannot help note the omission, and mark the discrepancy between the elaborate provision, which we make, through the public schools, for their education in everything else, and the poor provision which we make through the Sunday schools, for their education in religion.

When the public schools provide for the education of children in every other sound human interest except religion, the suggestion is unavoidable that religion is a negligible factor in human life.

The movement to establish week-day schools of religion, in addition to the Sunday schools is spreading rapidly. It seems clear that the movement is destined to bear permanent results and that ultimately week-day sessions of the church schools will as a general rule be granted a reasonable portion of the time from the public-school schedules.“

Daß die erwähnten Versuche nicht bloß Theorien sind, sondern wirkliche in die Praxis einschlagende Maßregeln, läßt sich, soweit die Tatsachen feststehen, nicht leugnen. Die genannte Vereinigung von Kirchen oder kirchlichen Gemeinschaften meint es ernst mit ihrem Plane und sie knüpft auch große Hoffnungen an die bereits ins Werk gesetzten Schritte. Die Frage ist bloß diese, werden die in obiger Weise unternommenen Anstrengungen wirklich dauernden Erfolg haben? Unserer Ansicht nach, wenn wir die Dinge nehmen wie sie tatsächlich sind, wird der Erfolg kaum ein starker und permanenter sein. Der Grund ist dieser: Das Sektenwesen unter den verschiedenen religiösen protestantischen Gesellschaften in Amerika ist ungeheuer verworren. Es fehlt nicht bloß an äußerer Einigkeit, sondern auch an einer festen, unerschütterlichen Basis, auf welcher die obengenannte Bewegung fußen könnte. Wir hören zwar öfters von gewisser Seite Aeußerungen, wie: Amerika ist ein christliches Land; aber das sind im Grunde genommen bloß Phrasen. Die alte religiöse und, sagen wir, selbst christliche Gesinnung, welche vor etwa hundert Jahren noch sich geltend machte, ist heute unter der breiten Masse verschwunden. Sie wieder erwecken zu wollen durch eine religiöse Unterweisung der Jugend, aber in einer von der Schule getrennten Form und ohne eigentliche Erziehung, ist ein verfehlter Schritt. Die Kinder, welche in der Schule selbst nichts von Religion hören, werden niemals der Religion oder religiösen Unterweisung jenes Verständnis und jene

Schätzung entgegenbringen, die sie dem Unterricht in der Schule selbst, das heißt in den weltlichen Fächern, zollen. Vorübergehend mag der in der erwähnten Weise erteilte Religionsunterricht gute Früchte zeitigen. Doch ein dauernder Erfolg dürfte kaum zu erwarten sein.

Man hat dann ferner hinzugefügt, daß in den öffentlichen Schulen wenigstens ein allgemeiner Moralunterricht gegeben werden könnte und sollte. Schreibt doch das Federal Council Bulletin:

„We may expect the public schools to do more in the way of moral and religious education, than they have been doing. They can aim at citizenship which is founded upon character. They can, in all their teachings, manifest due reverence for God and respect for religious belief etc.“

Alles das hört sich schön an, aber es wird durch die Praxis Lügen gestraft. Ein Moralunterricht, der von der Religion absieht und nur auf den allgemeinen Grundsätzen des Naturrechtes aufbaut, kann auf die Dauer nicht befriedigen. Wir haben hier wieder das leider beim Durchschnittsamerikaner beliebte Motto: Man unterweise den Verstand, und der Wille wird von selbst folgen. Geschichte und Erfahrung haben längst gezeigt, daß dem nicht so ist. Zwischen Verstand und Wille operiert die Leidenschaft, und diese wird immer wieder den Willen vom Guten abziehen und zum Bösen hinneigen.

Die einzige Lösung dieser Schwierigkeit, vor der wir in Amerika stehen, wenn die Frage aufgeworfen wird, wie sollen wir die Jugend moralisch bilden, besteht in der Rückkehr zu der in früheren Zeiten existierenden Bekenntnisschule (denominational school) in einer Form, wie die Katholiken sie immer gehabt haben und noch heute haben. Man darf dabei auch dem Staate, wie er heute vorgeht, gewisse Konzessionen machen, dulden, daß der Staat über die weltlichen Fächer in diesen Bekenntnisschulen eine Art von Kontrolle ausübt. Aber dem Staate, das heißt der weltlichen Regierung, das Recht und die Gewalt anvertrauen, Religion oder auch nur allgemeine Moral zu lehren, ist verkehrt. Der Staat ist nicht hiezu da. Er soll nur seine schützende Hand bieten, um der Familie, der Kirche oder den kirchlichen Gemeinschaften das Werk der Erziehung zu erleichtern sowohl durch finanzielle Beiträge als moralische Unterstützung. Aber den Staat selbst zum eigentlichen Schulmeister zu machen, und zwar bei der religiösen und sittlichen Ausbildung der Jugend, wird immer ein Fehlschlag bleiben.

Planmäßige Förderung der Exerzitienbewegung.

Von Domvikar Dr E. Dubowh, Exerzitiendirektor der Diözese Breslau.

„Es ist zum Verzweifeln mit der Seelsorge in meiner Gemeinde!“ Wer so klagt, den bitte ich, noch einen Versuch zur Hebung des religiösen Lebens zu machen, nämlich die planmäßige Förderung der